

Antikapitalistische Linke NRW

Änderungsanträge zum Leitantrag zum Landesparteitag 9. – 10.12.2023

Änderung der Zeilen erster Satz Zeile 51:

Die Kommunen sind seit Jahren eingezwängt in absoluter Unterfinanzierung und der Vormundschaft von Landes-, Bundes- und auch Europapolitik. Der politische Gestaltungsspielraum wird immer kleiner und die finanziellen Herausforderungen immer größer.

Nach Zeile 62 einfügen:

Dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden noch weiter in die Zukunft verschoben. Der Investitionsstau kann nicht abgearbeitet und Zukunftsinvestitionen können nicht getätigt werden.

Zeile 63 ergänzen:

Die NRW-Linke fordert dagegen die überfällige Entschuldung der Kommunen, die Einhaltung des Konnexitätsprinzip – Wer bestellt muss bezahlen – und die Zurverfügungstellung der erforderlichen Geldmittel durch Bund und Land für die Erfüllung kommunaler Aufgaben, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine kommunale Finanzreform die den Kommunen wieder Luft zum Atmen und Handlungsfähigkeit zurückgibt.

Zeilen 98 bis 100 ab "Die Ampelkoalition..." durch folgende Zeilen ersetzen:

Auch die am 01.01.23 in Kraft getretene Bürgergeld-Reform ist alles andere als ein Programm zur Armutsbekämpfung. Während der Paritätische Gesamtverband durch ein wissenschaftliches Gutachten nachgewiesen hat, dass für eine menschenwürdige Ernährung sowie eine soziale und kulturelle Teilhabe mindestens ein mtl. Betrag von 813 € für eine alleinstehende Person erforderlich ist (ohne Heizkosten), beträgt der Bürgergeld-Regelsatz ab 01.01.2024 lediglich 563 € und ist somit i.H. von ca. 250 € dramatisch unterfinanziert. Mit demselben Zynismus wurde die als Jahrhundertreform und erst 2025 in Kraft tretende "Kindergrundsicherung" von erforderlichen ca. 12,5 Mrd. € auf völlig unzureichende ca. 2,5 Mrd. € zusammengestrichen. Es fehlt darüber hinaus eine wirksame Strategie....."

Zeilen 106 bis 110 durch folgende Zeilen ersetzen:

Insbesondere in den Kommunen des Ruhrgebiets nimmt die Armut immer dramatischere Formen an, woran die NRW-Landesregierung einen nicht unerheblichen Anteil hat. So hat sie die seit langem fällige und zugesagte Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden inzwischen um ein weiteres Jahr aufgeschoben. Und was besonders skandalös ist, dass die Finanzierung der Jugendarbeit in zahlreichen finanziell stark belasteten Kommunen systematisch kaputtgespart wird.

DIE LINKE NRW sagt deshalb unmissverständlich: "Wer Armut ernsthaft bekämpfen will, der muss den Reichtum antasten." Dazu ist eine deutliche Besteuerung von Einkommen und Vermögen

erforderlich, die seit Jahren überfällig ist. Statt Milliarden in den Ausbau von Autobahnen zu stecken, bedarf es dringend einer ökologischen Verkehrswende. Und statt eines 100 Mrd. schweren Sondervermögens für die weitere Militarisierung Deutschlands, sollten diese Finanzmittel ohne Wenn und Aber in den Bau von preiswerten Sozialwohnungen und Ausbau der städtischen Infrastruktur investiert werden.

Zeile 167 bis 169 nach „Pflege“ ersetzen:

Überall fehlen gut ausgestattete Einrichtungen und ausreichend Personal. Wir wollen ein Milliardenprogramm für den Ausbau der sozialen und ökologischen Infrastruktur mit ausreichend gut bezahltem Personal. Unternehmen der Daseinsvorsorge wollen wir vom Zwang Profite zu erwirtschaften befreien und in gesellschaftliches Eigentum unterschiedlicher Formen überführen. Dazu zählen wir auch den Energiesektor, der zu vergesellschaftet ist. Wir wollen die Wirtschaft in NRW dekarbonisieren, digitalisieren und demokratisieren.

Der Dekarbonisierung von Schlüsselindustrien wie Stahl und Chemie, aber auch Maschinenbau und Fahrzeuge kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Fossile Energieträger müssen in den Bereichen der Industrien, die gesellschaftlich notwendig sind, rasch durch Grünen Wasserstoff ersetzt werden. Da, wo ein Betrieb diese Umstellung nicht aus eigener Kraft bewältigen kann, es aber Sinn macht die Produktion aufrecht zu erhalten, soll das Land Mehrheitseigentümer werden und anschließend investieren.

Zeile 170 bis 174 ersetzen:

Die Kriegs- und Krisengewinner entmachten! Rheinmetall entwaffnen!

„Krieg beginnt hier – auch in NRW“ hat die Linke in NRW bereits vor Jahren festgestellt. Daran hat sich nichts geändert. Ganz im Gegenteil ist die Waffenschmiede Rheinmetall einer der großen Profiteure nicht nur des Ukraine-Krieges. Seit Kriegsbeginn sind die Aktienkurse in die Höhe geschossen und die Gewinne explodiert. Wir wollen das Geschäft mit dem Tod beenden und die Produktion auf nachhaltige, friedens- und umweltverträgliche Güter umstellen. Die hochqualifizierten Beschäftigten bei Rheinmetall und anderen Rüstungskonzernen können auch Busse und Bahnen oder Windräder bauen. Notwendig ist eine Ausweitung der betrieblichen und gesellschaftlichen Mitbestimmung auch auf Entscheidungen über die wirtschaftliche Ausrichtung der Unternehmen. Um gesellschaftlichen Druck auf Rüstungskonzerne auszuüben, beteiligen wir uns an der Kampagne „Rheinmetall entwaffnen!“

Nach der Zeile 174 (Kapitel Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Konversion) soll folgendes Kapitel eingefügt werden:

Statt Arbeitsverdichtung Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

In den letzten drei Jahren wurden die Beschäftigten in den Betrieben durch große Krisen gebeutelt, zuerst Corona und danach die hohe Inflation verursacht durch den Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden Wirtschaftssanktionen. Die Transformation zu einer klimaneutralen Produktion sind weitere Aufgaben, die demokratisch mit Beschäftigten und Gewerkschaften und den Einwohner*innen dieses Landes gelöst werden müssen.

Während in der Corona-Krise die Gewerkschaften Zurückhaltung geübt und teilweise sogar gänzlich auf dringend notwendige Erhöhungen der Tariflöhne verzichtet haben, ist jetzt die Zeit gekommen, dass die Werktätigen in den Betrieben entlastet werden. Die Reallöhne müssen wieder nach oben.

Zusätzlich kommen enorme Veränderungen auf die Arbeitswelt zu. Z.B. die technische Transformation zum grünen Stahl wird in einigen Jahren zu weiterem Druck auf die Beschäftigung führen. Nach der Umstellung der technischen Anlagen auf grüne Stahlproduktion werden weniger Menschen benötigt werden. Außerdem erscheint es aus ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll, weniger Stahl zu produzieren. Darum ist eine andere Gestaltung der Arbeitswelt notwendig, die den Menschen in den Betrieben ihre Arbeitsplätze sichert.

Auch in anderen Wirtschaftszweigen oder auch nur Tätigkeiten wird sich die Arbeit ändern. Durch Transformation und Digitalisierung werden sich Tätigkeiten ändern oder gar ganz wegfallen.

Die IG-Metall führt gerade Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie. Ihre Forderungen zu einer 32-Stunden-Woche und einem Plus von 8,5% auf die Löhne sind die richtige Antwort auf Transformation und Inflation. Nach Jahren des Verzichtes müssen die Werktätigen ihren Anteil an den Konzernprofiten bekommen. DIE LINKE unterstützt die IG-Metall bei ihren Verhandlungen.

Die Erfahrungen der letzten Kämpfe und Tarifabschlüsse zur Arbeitszeit zeigen, dass es wichtig ist, dass diese Arbeitszeitverkürzungen auf 32-Wochenstunden für alle durchgeführt werden und in einem schnellen Schritt erfolgen. Andernfalls ist die Gefahr groß, dass die Verkürzung der Arbeitszeit durch eine weitere Verdichtung der Arbeit konterkariert wird. Gleichzeitig wäre es sinnvoll, möglichst eine tägliche Arbeitszeitverkürzung zu vereinbaren, weil dies die größten Effekte für eine andere Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen hat, wofür die Frauenbewegung und die Frauen in der Gewerkschaft seit Langem streiten.

Nach Zeile 234 ergänzen:

Dabei beschränken sich linke Kommunalpolitiker*innen nicht auf das haushälterisch „Machbare“, nicht auf die Rettung der scheinbar wichtigsten sozialen Errungenschaften, sondern setzen sich gemeinsam mit den Betroffenen gegen jede Kürzung von Sozialen Leistungen und der kommunalen Daseinsvorsorge ein.

Nach Zeile 249 ergänzen:

Wir fordern und kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden für den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, eine bessere Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und für mehr Personal und bessere Bezahlung in den öffentlichen Einrichtungen.